

# *Hamburg-Nord. Aber normal.*

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland  
im Bezirk Hamburg-Nord für die  
Bezirksversammlungswahl 2024



# Inhalt

## Wofür steht die AfD in Hamburg-Nord? .....4

### 1. Migration..... 5

- 1.1. Migrationsnotstand ausrufen ..... 6
- 1.2. Keine Stimme zur Umsetzung der desaströsen Migrationspolitik..... 6
- 1.3. Schließung besonders problematischer Unterkünfte ..... 6
- 1.4. Bezirkliche Mittel für Migrationshelferindustrie streichen  
und Rückführungen unterstützen.....7
- 1.5. Transparenz und Kontrolle im Bereich Migration.....7

### 2. Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit..... 9

- 2.1. Bezirklichen Ordnungsdienst wiedereinführen..... 9
- 2.2. Bekämpfung von Schmutz im öffentlichen Raum..... 9
- 2.3. Mehr öffentliche Toiletten ..... 10
- 2.5. Die „Angsträume“ in unserem Bezirk minimieren..... 10
- 2.6. Stolperfallen identifizieren und beseitigen ..... 11

### 3. Verkehr ..... 12

- 3.1. Konsequente Trennung von Auto- und Radverkehr ..... 12
- 3.2. Kein größenwahnsinniges „Radschnellwegenetz“ ..... 12
- 3.3. Maßnahmen gegen Parkplatzknappheit..... 13
- 3.4. Abschaffung von Anwohnerparkzonen..... 13
- 3.5. Dem Autoverkehr seinen Raum lassen..... 13

### 4. Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung ..... 14

- 4.1. Absage an die „Zwei-Millionen-Stadt“ ..... 14
- 4.2. Baukosten senken ..... 14
- 4.3. Aufhebung des Verbots von Einfamilienhäusern..... 15
- 4.4. Nachverdichtung nur behutsam und mit Verstand..... 15
- 4.5. Eigentümerquote erhöhen..... 15

## **5. Direkte Demokratie, Verwaltung und Finanzen.....16**

5.1. Verbindliche Bürgerentscheide .....	16
5.2. Evokation durch den Senat nur noch mit Zustimmung der Bürgerschaft .....	16
5.3. Keine Gendersprache in der Verwaltung.....	17
5.4. Digitalisierung vorantreiben, aber keine Digital-„Pflicht“ .....	17
5.5. Sparsame Verwendung von Steuermitteln .....	17
5.6. Keine Steuermittel für Islamisten .....	18
5.7. Keine ideologisch motivierte Umbenennung von Straßen und Plätzen .....	18

## **6. Wirtschaft, Soziales, Familie und Sport.....19**

6.1. Ausweisung neuer kleinteiliger Gewerbeflächen .....	19
6.2. Handwerk fördern.....	19
6.3. Fonds für Gaststätten aus bezirklichen Mitteln aufsetzen.....	19
6.4. Maßnahmen im Hinblick auf Obdachlose .....	19
6.5. Unterstützung für Senioren .....	20
6.6. Mehr Spielplätze .....	21
6.7. Auffällige Jugendliche stärker in Jugendzentren und -treffs einbeziehen .....	21
6.8. Sport und Sportvereine stärken, die Nutzung von Schulsportstätten generell erlauben .....	21

## **7. Umwelt und Tierschutz .....** 22

7.1. Keine Abholzung von Bäumen .....	22
7.2. Natur pflegen .....	22
7.3. Entsiegelung prüfen .....	22
7.4. Mehr Sitzbänke und Mülleimer .....	22
7.5. Fluglärm eindämmen .....	23
7.6. Hunde und Katzen im Bezirk.....	23

# Wofür steht die AfD in Hamburg-Nord?

Vor über zehn Jahren hat sich die Alternative für Deutschland als Projekt konservativer, freiheitlicher und patriotischer Bürger gegründet, um die Fehlentwicklungen in unserem Land zu stoppen und zur angeblich alternativlosen Politik der alten Parteien eine Alternative aufzuzeigen. Für die kommende Wahl zur Bezirksversammlung bitten wir die Bürger um ihr Vertrauen und ihre Stimme, um erstmalig in Fraktionsstärke ihre Interessen in der Bezirksversammlung zu vertreten.

Wir sind stolz auf unseren Bezirk. Im Hamburg-Nord leben Bürger aus allen sozialen Schichten des Volkes: Vom Arbeitnehmer in Dulsberg über den Handwerker aus Langenhorn bis hin zum Unternehmer in Eppendorf ist unser Bezirk vielschichtig und Spiegel großstädtischer Realität. Doch diese Realität wird infolge der Politik unserer politischen Konkurrenz immer unerfreulicher. Die Lebensqualität nimmt ab, während die Kosten für das Leben des Durchschnittsbürgers immer weiter steigen. Die Migration nimmt exorbitant zu, der Wohnraum in unserem Bezirk hingegen kaum. Mit den Interessen kleiner Minderheiten beschäftigt sich die etablierte Politik ausschweifend, an die Interessen der großen Mehrheit der Bürger denken unsere Konkurrenten hingegen immer weniger. Das muss sich ändern!

Dieses Wahlprogramm ist im Dienste und im Interesse aller Bürger unseres Bezirkes geschrieben, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund. Wir möchten in einem Bezirk leben, der wieder sicher, sauber und bezahlbar ist – für alle, für die unser Bezirk Heimat ist. Wir wollen aufzeigen, dass es zum rot-grün-schwarzen Einheitsbrei eine Alternative gibt. Dabei lassen wir uns auch in Hamburg-Nord von den Werten leiten, für die wir als Bürgerpartei überall einstehen: Für direkte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, bürgerliche und hanseatische Werte und die gelebte Tradition unserer deutschen Kultur.

# 1. Migration

Eines der wichtigsten Themen, das die Bürger beschäftigt und erzürnt, und die größte Herausforderung für unseren Bezirk darstellt, ist die Politik der offenen Grenzen und der unkontrollierte Massenmigration. Hamburg-Nord leidet hier unter den gleichen Problemen wie andere Orte in Hamburg und Deutschland: Die Massenmigration beschert unserem Bezirk Kriminalität, den Verlust des Sicherheits- und Heimatgefühls, eine Überbeanspruchung unserer städtischen und sozialen Infrastruktur, teuren Wohnraum mit immer höheren Mieten, niedrigere Löhne und eine zunehmende islamistische Raumnahme – um nur einige wenige negative Auswirkungen der herrschenden Migrationspolitik zu nennen.

Der Spielraum der Bezirksversammlung bei der Gestaltung der Migrationspolitik ist begrenzt. Fast alle Vorgaben im Bereich der Migrationspolitik werden auf Bundes- und Landesebene entschieden. „Abgeladen“ werden die damit verbundenen Probleme trotzdem vor unserer Haustür. Daher werden wir unsere Migrationskritik auch in die Bezirksversammlung tragen: Denn politische Veränderungen werden jenseits von Zuständigkeitsfragen dadurch bewirkt, dass auf allen politischen Ebenen Druck auf die Regierenden aufgebaut wird. Wir werden daher auch in unserem Bezirk diejenigen politischen Kräfte, welche bereitwillig und mit großem Elan die desaströse Migrationspolitik der Bundes- und Landesebene vollstrecken, unnachgiebig für ihre gefährliche Haltung kritisieren und zur Ordnung rufen. Wir werden in der Bezirksversammlung die Stimme für alle Bürger in Nord erheben, die sagen: Genug ist genug. Unsere Gesetze müssen wieder zu hundert Prozent respektiert und vollzogen, illegale Ausländer müssen abgeschoben, der weitere Zustrom an Menschen durch eine robuste Sicherung der Grenzen gestoppt und von allen Migranten muss verlangt werden, dass sie sich unserer deutschen Leitkultur anpassen.

Wichtig ist uns aber auch, klarzustellen, was wir nicht sind. Wir sind, anders als es unsere politischen Konkurrenten wahrheitswidrig behaupten, weder Rassisten noch Ausländerfeinde. Gut integrierte Migranten, die sich hier legal aufhalten und gesetzestreu verhalten, ihre Steuern zahlen, unsere Sprache sprechen, die täglich durch ihre eigene Arbeit und Anstrengung Lohn und Brot verdienen, die sich mit unserem Land identifizieren und es wertschätzen, sind für uns keine Feinde – im Gegenteil: Sie sind wichtige Verbündete gegen eine Politik, die am Ende des Tages allen Menschen in Hamburg-Nord schadet, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion. Wir freuen

uns über jeden Migranten, der unsere Werte teilt, die deutsche Kultur respektiert und an seine Kinder weitergibt.

## **1.1. Migrationsnotstand ausrufen**

Die AfD wird sich in der Bezirksversammlung dafür einsetzen, dass im Bezirk Hamburg-Nord ein Migrationsnotstand ausgerufen wird. Dies ist geboten, weil unser Bezirk völlig überlastet ist und weil wir auch Verwaltung und Öffentlichkeit mit einem unmissverständlichen politischen Signal klar machen wollen: Das Boot ist voll! Wenn die Grünen mit der Ausrufung eines Klimanotstandes auf ihre politischen Anliegen aufmerksam machen dürfen, nehmen wir das Gleiche für den Bereich der Migrationspolitik in Anspruch.

## **1.2. Keine Stimme zur Umsetzung der desaströsen Migrationspolitik**

Wir werden in der Bezirksversammlung niemals irgendeiner Maßnahme zustimmen, welche die derzeitige Migrationspolitik umsetzt, erleichtert oder sonst wie absichert oder unterstützt. Niemand kann unsere gewählten Volksvertreter dazu zwingen, die Hand für etwas zu heben, was sie aus Gewissensgründen für fundamental falsch halten und das von einem CSU-Innenminister einmal als „Herrschaft des Unrechts“ bezeichnet wurde. In diesem Zusammenhang werden wir auch nicht der Errichtung weiterer Unterkünfte für Migranten in unserem Bezirk zustimmen. Schon jetzt sind wir in Hamburg-Nord mit 29 Unterkünften, die rund 6.700 Migranten beherbergen, völlig überlastet (Stand Dezember 2023). Die AfD wird einen Sperrriegel gegen die Auswüchse dieser Migrationspolitik bilden.

## **1.3. Schließung besonders problematischer Unterkünfte**

Die Unterkunft für Migranten am Überseering in der City Nord ist ein mahnendes Beispiel für die völlig katastrophalen Zustände, die dank der Migrationspolitik unserer politischen Konkurrenten erzeugt werden. Lärm, Müll und Kriminalität bis hin zum Mord versetzen Anwohner, Geschäfte und Firmen in der Nähe in Ärger, Angst und Schrecken. Wir sind der Meinung, dass weder eine Aufblähung der Sozialbürokratie, beispielsweise mit Sozialarbeitern, noch eine Rund-um-die-Uhr-Überwachung durch die Polizei eine nachhaltige Lösung hierfür darstellt. Das sind alles nur Symptombehandlungen, denen man in einigen Fällen notgedrungen zustimmen muss,

um die Belastung der Anwohner zu mildern, die aber keine dauerhafte Lösung sein können. Besonders problematische Unterkünfte, unter denen unsere Bürger leiden, müssen stattdessen geschlossen werden. Es liegt an Senat und Bundesregierung, dann einen Platz für diese von ihnen eingeladenen Menschen zu finden, an dem unbescholtene Bürger weder belästigt werden noch um ihr Leben fürchten müssen. In diesem Zusammenhang erinnern wir an unsere Forderung auf Bundes- und Landesebene, vor allem Fluchtmigranten möglichst heimatnah und in sicheren Drittstaaten unterzubringen.

#### **1.4. Bezirkliche Mittel für Migrationshelferindustrie streichen und Rückführungen unterstützen**

Auch im Bezirk Hamburg-Nord werden unter dem Deckmantel der „Integration“ aus bezirklichen Mitteln Projekte und Förderungen unter anderem für illegale Ausländer oder die an sie angeschlossene Helferindustrie finanziert. Dabei wird Integration zunehmend als ein „Aushandeln“ kultureller Fragen zwischen zwei angeblich gleichen Parteien verstanden. Wir halten das für fundamental falsch, denn Integration ist eine Bringschuld des Migranten und nicht der Gesellschaft, die den Migranten aufnimmt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass kein einziger Cent aus Steuermitteln mehr hierfür von der Bezirksversammlung ausgegeben wird. Zugleich werden wir uns dafür einsetzen, dass Initiativen für eine Rückführung illegaler Ausländer aus den so wieder frei werdenden Bezirksmitteln finanziell unterstützt werden.

Natürlich wäre es uns lieber, wenn der Staat in diesem Bereich die Gesetze schlicht und ergreifend vollzieht und konsequent abschieben würde. Doch bis dies passiert, muss jede Möglichkeit genutzt werden, dem Migrationsproblem Herr zu werden. Hier kann auch auf bezirklicher Ebene ein Beitrag geleistet werden. Die bereits in Hamburg angebotenen Rückreiseberatungen für Obdachlose wollen wir uns insofern zum Vorbild nehmen und ähnliche Programme auf Bezirksebene initiieren. Jeder illegale Ausländer in Hamburg-Nord soll freundlich, aber bestimmt, angesprochen und motiviert werden, unser Land freiwillig zu verlassen.

#### **1.5. Transparenz und Kontrolle im Bereich Migration**

Wir werden die Möglichkeiten, die wir als Opposition in der Bezirksversammlung haben, nutzen, um bei jeder Gelegenheit die Ursachen und die Begleitumstände des rot-grün-schwarzen Migrationsirrsinns aufzudecken und zu hinterfragen. So sind

beispielsweise Anfragen an die Bezirksverwaltung ein probates Mittel, um Missstände aufzudecken, den Finger in die Wunde zu legen und die Migrationskritik auch zahlen- und faktenmäßig weiter zu unterfüttern. Die Bedeutung dieser Arbeit kann nicht überschätzt werden, denn vor jeder politischen Veränderung steht die Schaffung eines politischen Bewusstseins für die mit der Migrationspolitik verbundenen Probleme. Wir werden in der Einheitsgemeinde Hamburg in diesem Bereich auch Hand in Hand mit der AfD-Bürgerschaftsfraktion zusammenarbeiten.

## 2. Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Sicherheit ist die Voraussetzung für persönliche Freiheit und eine selbstbestimmte Lebensweise. Es ist die Kernaufgabe des Staates, eine Ordnung zu gewährleisten, in der kein Bürger Angst um sein Leben, seinen Körper und sein Eigentum haben muss. Wir nehmen mit Erschrecken zur Kenntnis, dass dies in unserem Bezirk an vielen Stellen nicht mehr der Fall ist. Viele Bürger, vor allem Frauen, haben beispielsweise Angst, zur Nachtzeit die öffentlichen Verkehrsmittel in Anspruch zu nehmen. Das ist eine Schande und ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen. Wir stehen dafür ein, wieder geordnete und sichere Verhältnisse in unserem Bezirk zu schaffen. Dazu gehört für uns auch, dass der öffentliche Raum in unserem Bezirk den mitteleuropäischen Standards von Sauberkeit entspricht, und zwar in sämtlichen Stadtteilen.

### 2.1. Bezirklichen Ordnungsdienst wiedereinführen

Der von 2006 bis 2014 bestehende Bezirkliche Ordnungsdienst (BOD) hat einen wichtigen Beitrag für den Schutz des öffentlichen Raums geleistet. Die Ordnungshüter des BOD waren speziell damit befasst, für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im Bezirk zu sorgen. Unter dem damaligen Ersten Bürgermeister und jetzigem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wurde er fatalerweise abgeschafft. Wir fordern die Wiedereinführung des Bezirklichen Ordnungsdienstes mit einer angemessenen Personalausstattung. Damit würde nicht nur unsere Polizei entlastet werden, sondern auch die Verteilung und Zerstückelung ähnlicher Aufgaben zwischen verschiedenen bezirklichen Ansprechpartnern ein Ende haben.

### 2.2. Bekämpfung von Schmutz im öffentlichen Raum

Die AfD wird sich in der Bezirksversammlung für die kontinuierliche Reinhaltung und Pflege von Straßen, Parks, Grünflächen, Spielplätzen und anderen öffentlichen Plätzen einsetzen. Bereits jetzt besteht mit dem Hamburger „Meldemichel“ die Möglichkeit, Beschädigungen an der öffentlichen Infrastruktur zu melden. Der „Meldemichel“ leitet aber lediglich eingehende Meldungen an die zuständigen Stellen weiter. Viele der eingehenden Meldungen lösen erst nach Wochen oder sogar nach Monaten ein konkretes Handeln der Verwaltung aus, wenn überhaupt.

Wir sind daher der Meinung, dass zusammen mit der Wiedereinführung des Bezirklichen Ordnungsdienstes auch ein besonderer Schwerpunkt seitens des Bezirksamtes auf die Sauberkeit in Hamburg-Nord gelegt werden muss. Wenn die Stadtreinigung zu lange braucht, um Müll oder Verschmutzungen zu beseitigen, sollte zusätzlich und ergänzend das Bezirksamt tätig werden. Denn unabhängig von bürokratischen Zuständigkeitsfragen ist es nicht verboten, dass auch jemand anderes als die Stadtreinigung für die Beseitigung von Schmutz und Verunreinigungen sorgt. Unser Ziel ist es, dass kleinere und mittlere Verunreinigungen zügig, spätestens binnen 72 Stunden, wieder beseitigt werden. Der öffentliche Raum darf nicht der Verwahrlosung preisgegeben werden!

### **2.3. Mehr öffentliche Toiletten**

Die AfD wird sich in der Bezirksversammlung dafür einsetzen, dass mehr öffentliche Toiletten sowohl für die Damen als auch für die Herren eingerichtet werden. Unisex-Toiletten, die sich im Dienste der Gender-Ideologie einer immer größeren Beliebtheit bei den politisch Verantwortlichen erfreuen, lehnen wir ab.

### **2.4. Null Toleranz gegenüber Graffiti im öffentlichen Raum**

Graffiti im öffentlichen Raum stellen nicht nur für viele Bürger ein ästhetisches Ärgernis dar, sondern sind meistens auch noch eine Straftat. Wir stehen daher dafür ein, dass Graffiti an öffentlichen Gebäuden und Anlagen so schnell wie möglich entfernt, die Täter konsequent zur Rechenschaft gezogen werden und dass die Fassaden öffentlicher Gebäude vermehrt mit Anti-Graffiti-Schutz ausgestattet werden.

### **2.5. Die „Angsträume“ in unserem Bezirk minimieren**

Das Sicherheitsgefühl vieler Bürger wird an Stellen wie Unterführungen oder U- und S-Bahnhöfen durch mangelnde Beleuchtung beeinträchtigt. Solche „Angsträume“ wollen wir durch eine stärkere Beleuchtung verträglicher machen. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass für öffentlichen Parkanlagen ein besseres Beleuchtungskonzept entwickelt wird, damit die Bürger sich dort auch nach Einbruch der Dunkelheit orientieren und sicher fühlen können.

Neben den Lichtverhältnissen spielt aber auch das Klientel, das solche Orte frequenziert, eine Rolle. Gegen die Verfestigung von Trinker- und Drogenszenen im öffentli-

chen Raum, wie sie sich beispielsweise im Umfeld des U-Bahnhofs Langenhorn Markt zeigt, soll nicht nur die Polizei, sondern auch das Bezirksamt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent vorgehen.

## **2.6. Stolperfallen identifizieren und beseitigen**

Bürgersteige und andere Wege, die von Fußgängern benutzt werden, entpuppen sich aufgrund schlecht verlegter Platten, Wurzeln und ähnlichem zum Teil als Stolperfallen. Vor allem für unsere älteren Mitbürger, aber auch Kinder, sind solche Stolperfallen nicht ungefährlich. Wir befürworten daher eine systematische Erfassung solcher Stellen in unserem Bezirk und ihre Beseitigung. Wir wollen des Weiteren das E-Roller-Chaos in unserem Bezirk beenden.

## 3. Verkehr

Die AfD steht für die Freiheit bei der Wahl des Verkehrsmittels durch jeden Bürger. Anders als die ideologiegetriebenen Vertreter anderer Parteien wollen wir niemandem vorschreiben, ob er mit dem Auto, den öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß oder mit dem Rad zur Arbeit oder zum Einkauf kommt. Da die herrschende Politik aber immer mehr den Autoverkehr bekämpft und Autofahrer diskriminiert, verstehen wir uns insbesondere auch als Anwalt derjenigen Bürger, die weiterhin ihr Kfz in Hamburg-Nord nutzen möchten. Der grüne Kulturkampf gegen die Autofahrer muss aufhören und das Straßennetz in Hamburg-Nord saniert und modernisiert werden!

### 3.1. Konsequente Trennung von Auto- und Radverkehr

Wir setzen uns für eine konsequente Trennung des Auto- und Fahrradverkehrs auf den Straßen in Hamburg-Nord ein. Dazu gehört, dass Fahrradspuren auf Straßen wieder abgeschafft werden und durch das bewährte Modell der Fahrradwege auf dem Bürgersteig ersetzt werden. Hier muss sich der Bezirk auch für eine entsprechende Änderung des Hamburger Regelwerks für Planung und Entwurf von Stadtstraßen (ReStra) auf Landesebene einsetzen. Dies nützt allen Verkehrsteilnehmern und auch den Fahrradfahrern, für die Unfallrisiken minimiert werden. Wir wollen uns in diesem Zusammenhang auch für eine konsequente Sanierung bestehender Fahrradwege auf den Bürgersteigen einsetzen.

### 3.2. Kein größtensinniges „Radschnellwegenetz“

Das von grünen Politikern erdachte „Radschnellwegenetz“, das mittlerweile „Radroute plus“ heißt, ist ein völlig größtensinniges Projekt, das Hamburg und auch unseren Bezirk Hamburg-Nord an ein Netzwerk aus „Fahrradautobahnen“ anschließen möchte. So ist es beispielsweise völlig lebensfremd, anzunehmen, dass jemand täglich von Bad Bramstedt in Schleswig-Holstein bis nach Alsterdorf über 40 Kilometer zur Arbeit mit dem Fahrrad zurücklegt, statt das Auto oder öffentliche Verkehrsmittel zu verwenden. Für diesen Irrsinn, der nur für eine verschwindend geringe Minderheit unter den Fahrradfahrern von Interesse sein dürfte, darf unser Bezirk keinen einzigen Zentimeter Fläche zur Verfügung stellen. Auch den prioritären Ausbau des Veloroutennetzes lehnen wir ab.

### **3.3. Maßnahmen gegen Parkplatzknappheit**

Um die akute und politisch gewollte Parkplatzknappheit im Bezirk zu bekämpfen, werden wir uns dafür einsetzen, dass bei Errichtung von Neubauten wieder zwingend auch die Einrichtung von Parkplätzen vorgeschrieben wird. Zusätzlich werden wir uns für den Bau von bezahlbaren Quartiersgaragen in dicht besiedelten Gebieten einsetzen. Und auch der böswilligen Parkplatzvernichtung durch das Bezirksamt wie beispielsweise in Hoheluft-Ost werden wir politisch die Stirn bieten. „Querparken“ soll weiterhin erlaubt bleiben.

### **3.4. Abschaffung von Anwohnerparkzonen**

Die AfD wird sich für die Beseitigung sämtlicher Anwohnerparkzonen in Hamburg-Nord einsetzen. Anwohnerparkzonen sind aus unserer Sicht grundsätzlich abzulehnen: Handwerker und Dienstleister, die darauf angewiesen sind, mit dem Automobil zu ihren Kunden zu kommen, werden durch Anwohnerparkzonen diskriminiert. Anwohner können nicht einmal Gäste, die mit dem Automobil zum Besuch vorbeikommen wollen, empfangen. Zugleich wird durch die Anwohnerparkzonen kein einziger zusätzlicher Parkplatz geschaffen. Profitabel ist das Modell der Anwohnerparkzonen nur für den Fiskus, der die Bürger mit entsprechenden hohen Gebühren abzockt.

### **3.5. Dem Autoverkehr seinen Raum lassen**

Bereits jetzt ist der Autoverkehr in vielen Teilen unseres Bezirkes eine Qual, was häufig dem Baustellenchaos von Verkehrssenator Anjes Tjarks (Grüne) geschuldet ist. Noch schlimmer wird die Situation dadurch, dass auch in unserem Bezirk immer wieder der zur Verfügung stehende Raum für den Autoverkehr reduziert wird, beispielsweise indem Fahrbahnen verengt, die Zahl der Fahrspuren auf der Straße reduziert oder der normale Autoverkehr generell in bestimmten Abschnitten verboten wird. Hiergegen werden wir in der Bezirksversammlung bei jeder Gelegenheit opponieren. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch deutlich gegen die Idee einer Straßenbahn aus, die den beengten Raum in unserem Bezirk noch weiter strapazieren würde.

## 4. Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung

Die Mieten in Hamburg-Nord sind viel zu hoch. Selbst in weniger „begüterten“ Stadtteilen wird es für Bürger mit kleinem oder mittlerem Einkommen immer schwieriger, sich eine Wohnung zu leisten. Da die Mietpreise nach Marktgesetzen gebildet werden, können die hohen Mietkosten ziemlich einfach erklärt werden: Es werden einerseits zu wenige Wohnungen gebaut (Angebotsverknappung), aber es werden immer mehr Menschen – vor allem Migranten – in unseren Bezirk hineingelassen (Nachfrageexplosion). Zugleich werden die Baukosten durch Maßnahmen wie das von der Ampel beschlossene Heizungsgesetz oder die Solardachpflicht immer weiter nach oben getrieben. Mit sozialistischer Planwirtschaft kann dieses Problem nicht gelöst werden. Stattdessen muss das Angebot an Wohnraum ausgeweitet, die Nachfrage reduziert und mehr Bürger müssen in Eigentum gebracht werden.

### 4.1. Absage an die „Zwei-Millionen-Stadt“

Anders als unsere politischen Konkurrenten wollen wir nicht, dass Hamburg zu einer „Zwei-Millionen-Stadt“ wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bevölkerungszahl in Hamburg-Nord stabil bleibt und nicht durch den Zuzug weiterer Migranten aufgebläht wird. Um Anreize für einen weiteren Zuzug abzubauen, sind wir der Meinung, dass Bürger, die bereits seit vielen Jahren in unserem Bezirk wohnen, beim Anspruch auf Leistungen der städtischen und sozialen Infrastruktur stärker berücksichtigt werden sollen als bisher, beispielsweise bei der Vergabe von Kita-Plätzen. Hier wollen wir das Bezirksamt dazu verpflichten, entsprechende Gespräche mit den Trägern führen.

### 4.2. Baukosten senken

Mehr Wohnraum kann nur geschaffen werden, wenn wieder kostengünstiges Bauen durch die Politik ermöglicht wird. Wir setzen uns daher für die Abschaffung kostentreibender staatlicher Auflagen ein, befürworten den Verkauf städtischer Grundstücke unter der Bedingung, dass diese in einem angemessenen Zeitraum mit Wohnungen bebaut werden und möchten auf höherer Ebene die Grund- und Grunderwerbssteuer senken und perspektivisch abschaffen.

Die AfD ist darüber hinaus aufgeschlossen gegenüber Konzepten, welche die Kosten für den Wohnungsbau durch rationalisierten und standardisierten Typenwohnungsbau senken. Entsprechende Pilotprojekte sollte auch der Bezirk finanziell fördern.

### **4.3. Aufhebung des Verbots von Einfamilienhäusern**

Das unter dem grünen Bezirksamtsleiter erlassene Verbot von Einfamilienhäusern ist ein absoluter Sündenfall. Unser Bezirk hat damit bundesweit Negativschlagzeilen gemacht; vielen Bürgern gilt das in Hamburg-Nord verhängte Verbot von Einfamilienhäusern als Einstieg in einen Albtraum der „grünen Transformation“ sämtlicher Lebensbereiche. Wir werden daher energisch für die Aufhebung dieses Verbots eintreten und die damit verbundene Lebensweise schützen. Ja, Einfamilienhäuser sind nicht platzsparend. Aber wer Eigentümer eines (in der Regel kleinen) Grundstücks ist, sollte immer noch selbst entscheiden dürfen, was für ein Haus er auf diesem Grundstück baut, statt sich einem zentralen ökosozialistischen Plan beugen zu müssen!

### **4.4. Nachverdichtung nur behutsam und mit Verstand**

Die Nachverdichtung ist auch im Bezirk Hamburg-Nord ein kontroverses Thema. Wir als AfD setzen uns hier für einen vernunftorientierten Ansatz ein: Nachverdichtungen, beispielsweise in wertvollen Kleingarten- und Landschaftsschutzgebieten wie dem Diekmoor, bei denen geschützte Grünflächen überbaut werden, sind für uns ein absolutes Unding. Zugleich spricht aber einiges dafür, in Gebieten, die bereits jetzt dicht besiedelt sind, einen Ausbau in die Höhe und in die Tiefe zuzulassen. Anders als in dünn besiedelten Gebieten wird hierdurch die Lebensqualität für die Einwohner nicht radikal geändert. Wir wollen insofern den unterschiedlichen Charakter jedes Stadtteils in unserem Bezirk erhalten. Unser Bezirk muss auch weiterhin sowohl dünn als auch dicht besiedelte Stadtteile beinhalten. Zugleich würde die Problematik der Nachverdichtung entschärft werden, wenn die Nachfrage nach Wohnraum nicht weiter steigt.

### **4.5. Eigentümerquote erhöhen**

Die beste Absicherung gegen Armut und soziale Härten ist es noch immer, wenn mehr Bürger Eigentümer ihres eigenen Wohnraums werden. Wir werden uns daher in der Bezirksversammlung dafür einsetzen, dass aus bezirklichen Mitteln zinsfreie Kredite für die bereits länger im Bezirk Hamburg-Nord ansässigen Bürger und Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach entsprechender Prüfung gewährt werden, um ihnen den Kauf von Wohneigentum für die erste Wohnung zu ermöglichen.

## 5. Direkte Demokratie, Verwaltung und Finanzen

In Deutschland herrscht traditionell Skepsis gegenüber der direkten Demokratie. Auf Bundesebene gibt es bis heute, abgesehen von sehr speziellen Ausnahmefällen, keine Möglichkeit für das Volk, direkt über politische Fragen abzustimmen. In Hamburg ist die Lage zwar besser, aber vor allem direkte Demokratie auf Bezirksebene wird kaum respektiert. Dies liegt daran, dass Bürgerentscheide lediglich den Status eines Beschlusses der Bezirksversammlung haben und von der Bezirksversammlung misachtet werden können. Beschlüsse der Bezirksversammlung wiederum können vom Senat ignoriert werden, weil dieser ein so genanntes „Evokationsrecht“ hat, er also sämtliche bezirklichen Angelegenheiten an sich ziehen und selbst entscheiden kann.

Wir wollen zwar den Charakter von Hamburg als Einheitsgemeinde, bei der es keine Trennung von staatlicher und kommunaler Ebene gibt, respektieren. Die Kompetenzverteilung in dieser Einheitsgemeinde muss aber den Volkswillen stärker berücksichtigen. Wir setzen uns darüber hinaus für eine bürgerfreundliche und -nahe Verwaltung sowie eine sparsame Verwendung von Steuermitteln ein.

### 5.1. Verbindliche Bürgerentscheide

Wir fordern, dass Bürgerentscheide in unserem Bezirk sowohl von der Bezirksversammlung als auch vom Senat als verbindlich respektiert werden. Eine Abweichungsmöglichkeit soll es nur noch geben, wenn der Senat der Meinung ist, dass durch einen Bürgerentscheid in Hamburg-Nord gesamtstädtische Belange verletzt werden. Dann soll der Senat aber kein Evokationsrecht gegen den Bürgerentscheid mehr haben, sondern soll die strittige Frage stattdessen im Volksentscheid dem gesamten Hamburger Volk in allen Bezirken zur Entscheidung vorlegen. Dies wahrt unseren Charakter als Einheitsgemeinde, stellt aber zugleich sicher, dass Berufspolitiker nicht einfach über den Willen des Volkes in unserem Bezirk hinweggehen können.

### 5.2. Evokation durch den Senat nur noch mit Zustimmung der Bürgerschaft

Der Senat muss als Regierung der Freien und Hansestadt Hamburg im Rahmen unserer Struktur als Einheitsgemeinde die Möglichkeit haben, eine einheitliche Ver-

waltung in Hamburg sicherzustellen. Das Evokationsrecht, das er genießt, ist hierfür ein wesentliches Element. Wir sind aber der Meinung, dass bezirkliche Belange nicht einfach nach Gutdünken des Senates ignoriert werden dürfen. Konflikte zwischen Senat und den Bezirken sollten einer breiteren und demokratischen Debatte in unserer Stadt unterzogen werden. Wir fordern daher, dass eine Ausübung des Evokationsrechts des Senats zukünftig von der Zustimmung durch die Bürgerschaft abhängig gemacht werden sollte. Dies würde gewährleisten, dass die Abgeordneten und die Öffentlichkeit strittige Fragen diskutieren können und der Senat einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterworfen wird. Die Bezirksversammlung sollte vor einem entsprechenden Beschluss der Bürgerschaft angehört werden müssen.

### **5.3. Keine Gendersprache in der Verwaltung**

Die AfD wendet sich auf allen Ebenen strikt gegen die linksideologische und sprachverhuzende Gendersprache. Die Verwaltung in Hamburg-Nord muss eine korrekte deutsche Sprache in der Kommunikation mit dem Bürger verwenden, ohne wortdurchtrennende Sternchen, Doppelpunkte oder alberne Knacklaute beim Sprechen. Das generische Maskulinum ist die gewachsene und auch diskriminierungsfreie Form der Sprache, weil mit ihm immer beide Geschlechter mitgemeint sind.

### **5.4. Digitalisierung vorantreiben, aber keine Digital-„Pflicht“**

Die AfD setzt sich in Hamburg-Nord dafür ein, dass sämtliche vom Bezirksamt angebotenen Dienstleistungen und Vorgänge, insbesondere auch Anmeldungen für die Nutzung von Räumlichkeiten und bezirklichen Einrichtungen, digital abgewickelt werden können. Dies würde vielen Bürgern den Behördengang ersparen. Zugleich sind wir aber auch der Meinung, dass es keine „Pflicht“ zur Digitalisierung geben darf: Nicht alle Teile der Bevölkerung sind digital affin und auch diesen Bürgern muss weiterhin die Möglichkeit offenstehen, ihre Anliegen beim Bezirksamt auf nicht-digitalem Weg zu erledigen.

### **5.5. Sparsame Verwendung von Steuermitteln**

Die Bezirksversammlung macht vor allem dadurch Politik, dass sie die ihr zugewiesenen Steuermittel verteilt. Der fast schon sorglose und verschwenderische Umgang mit den Steuermitteln befremdet uns dabei sehr. Die AfD steht für einen sparsamen Umgang mit Steuermitteln. Ehe wir einer Ausgabe oder Zuwendung durch die Be-

zirksversammlung zustimmen, werden wir genau prüfen, ob diese Ausgabe dem Gemeinwohl dient. Zuwendungen an Vereine, Organisationen und Gruppen, die nicht dem Gemeinwohl dienen, sondern nur die Interessen einer kleinen Minderheit bedienen oder – noch schlimmer – im Dienste einer einseitigen linken Ideologie stehen, werden wir keinesfalls unterstützen. Getätigte Ausgaben wollen wir im Nachhinein einer angemessenen Prüfung unterziehen und die Effizienz der Mittelverteilung kontinuierlich prüfen.

## **5.6. Keine Steuermittel für Islamisten**

Wir werden in der Bezirksversammlung keinen Bitten nach Auszahlung von Steuermitteln für Vereine, Verbände oder Religionsgemeinschaften zustimmen, die islamistisch oder islamistisch beeinflusst sind.

## **5.7. Keine ideologisch motivierte Umbenennung von Straßen und Plätzen**

Die AfD wird in der Bezirksversammlung ideologisch motivierte Umbenennungen von Straßen und Plätzen ablehnen und nach Möglichkeit wieder rückgängig machen.

## 6. Wirtschaft, Soziales, Familie und Sport

Wir möchten die verschiedenen Faktoren, die unseren Bezirk lebenswert machen, zusammen denken. Wirtschaft und Soziales sind für uns keine Gegensätze, sondern ergänzen einander. Eine florierende Wirtschaft in unserem Bezirk ist die Voraussetzung für sozialen Ausgleich und ein Umfeld, in dem Familien glücklich leben können.

### 6.1. Ausweisung neuer kleinteiliger Gewerbeflächen

Wir wollen die Wirtschaft und auch die Lebensqualität in unserem Bezirk fördern, indem wir uns für die Ausweisung neuer, kleiner Gewerbeflächen für kleine und mittelständische Unternehmen, beispielsweise Handwerksbetriebe, einsetzen.

### 6.2. Handwerk fördern

Das Bezirksamt sollte einen Schwerpunkt auf die Förderung des Handwerks in unserem Bezirk legen. Vor allem im Bereich Nachwuchs kann noch viel getan werden. Wir befürworten daher eine stärkere durch das Bezirksamt vermittelte Zusammenarbeit zwischen den in unserem Bezirk ansässigen Schulen und Handwerksunternehmen.

### 6.3. Fonds für Gaststätten aus bezirklichen Mitteln aufsetzen

Gerade nach der Corona-Krise und den damit verbundenen staatlichen Zwangsmaßnahmen sind wir der Meinung, dass Gaststätten und Kneipen in unserem Bezirk stärkere Beachtung erfahren sollten. Wir befürworten daher die Schaffung eines Fonds zur Unterstützung bestehender und neuer Gaststätten und Kneipen aus bezirklichen Mitteln. Die Förderung soll auch dem Zweck dienen, die traditionelle Gaststätten- und Kneipenkultur in Hamburg-Nord so zu fördern, dass der ursprüngliche Charakter unseres Bezirks als Teil einer norddeutschen Hafenstadt widerspiegelt wird.

### 6.4. Maßnahmen im Hinblick auf Obdachlose

In Hamburg sind mehr als 32.000 Menschen obdachlos. Auch unser Bezirk ist zunehmend mit Obdachlosen im öffentlichen Raum konfrontiert. Obdachlosigkeit muss deshalb wirkungsvoll begegnet werden, denn sie stellt nicht nur eine massive Belastung für die Lebensqualität und Attraktivität in unserem Bezirk dar, sondern auch für die Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind. Hierbei muss aus unserer Sicht differenziert werden:

Etwa zwei Drittel der Obdachlosen in Hamburg sind Ausländer. Nicht selten überschneidet sich ausländische Obdachlosigkeit mit den auch in unserem Bezirk ihr Unwesen treibenden Bettelbanden. Allein deshalb müssten ausländische Obdachlose prioritär abgeschoben werden; es ist nicht die Aufgabe des deutschen Staates, für Obdachlose ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu sorgen. Bis dies durch entsprechende Maßnahmen der Bundes- und Landesebene passiert, kann der Bezirk auch hier durch Unterstützung der bereits erwähnten Rückreiseberatungen für Obdachlose einen Beitrag leisten und den in unserem Bezirk aktiven Bettelbanden das Leben so schwer und so unangenehm wie möglich machen.

Im Hinblick auf das verbleibende Drittel der Obdachlosen mit deutscher Staatsbürgerschaft ist völlig klar, dass diese nicht einfach vernachlässigt werden dürfen. Das einzige wirklich nachhaltige Mittel gegen Obdachlosigkeit bleibt die Zuweisung einer Wohnung, soweit die Betroffenen dazu in der Lage sind, einen eigenen Haushalt – im Zweifel mit entsprechender Hilfe von außen – zu führen. Hier rächt sich insoweit wieder die gescheiterte Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik unserer politischen Konkurrenten, durch die der Wohnraum äußerst knapp ist. Wir wollen daher prüfen lassen, inwieweit zum Beispiel freiwerdende Flüchtlingsunterkünfte und -container als Behelfslösung für Obdachlose zur Verfügung gestellt werden können. Ebenso wollen wir prüfen lassen, ob die Öffnungszeiten von Obdachlosenunterkünften im Rahmen bestehender Programme ausgeweitet werden können.

## **6.5. Unterstützung für Senioren**

Beim Eintritt in die Rente lassen die Bezüge es häufig nicht zu, weiterhin unbeschwert in Hamburg leben zu können. Die Miet- und Lebenshaltungskosten sind für viele Senioren auf lange Sicht schlicht nicht finanzierbar. Die Kosten für die Unterbringung in Seniorenheimen sind enorm und die dafür erbrachten Leistungen auf einem viel zu niedrigen Niveau.

Harte und langjährige Arbeit muss im Alter aber angemessen belohnt werden. Wir setzen uns daher neben dem Ausbau der bezirklichen Heimaufsicht für Senioren- und Pflegeheime auch für neue Wohn- und Betreuungsmodelle für Senioren ein, die ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen. Die Personalausstattung in den Senioren- und Pflegeheimen muss angemessen sein. Darüber hinaus möchten wir auch die Seniorentreffs in unserem Bezirk auch stärker finanziell unterstützen und Vereinsamung im Alter vorbeugen.

## **6.6. Mehr Spielplätze**

Unser Bezirk soll kinderfreundlich sein. Dazu gehört für uns, dass Eltern zusammen mit ihren Kindern mehr Spielplätze im Bezirk aufsuchen können. Wir werden uns in der Bezirksversammlung daher dafür einsetzen, dass mehr öffentliche Spielplätze im Bezirk geschaffen werden.

## **6.7. Auffällige Jugendliche stärker in Jugendzentren und -treffs einbeziehen**

Unser Bezirk verfügt bereits jetzt über eine Vielzahl von Jugendzentren und -treffs für ältere Kinder und Jugendliche. Vor allem Jugendliche, die durch Alkohol- oder Drogenkonsum oder durch kleinere Straftaten auffällig werden, wollen wir stärker in das bereits bestehende Angebot einbeziehen, damit sie ihre Freizeit positiv und konstruktiv gestalten können und Anreize für ein weiteres „Abrutschen“ abgebaut werden. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass das Bezirksamt stärker mit der Polizei zusammenarbeitet, um solche Jugendliche systematisch zu identifizieren und auf die bestehenden Angebote aufmerksam zu machen.

## **6.8. Sport und Sportvereine stärken, die Nutzung von Schulsportstätten generell erlauben**

Wir wollen die in unserem Bezirk ansässigen Sportvereine stärken, indem wir für die Vereine auf eine unbürokratische und generelle Nutzungserlaubnis für Schulsportstätten hinwirken. Es ergibt keinen Sinn, dass die Schulen als Bestandteil der öffentlichen und sozialen Infrastruktur Turn- und Sporthallen sowie Sportfelder vorhalten, diese aber nicht für den organisierten Breiten- und Leistungssport zur Verfügung stehen.

Generell möchten wir mit bezirklichen Mitteln die Ausstattung der Sportvereine stärker fördern als bisher und vor allem kleineren Vereinen durch einen Sockelbetrag unter die Arme greifen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Jahnkampfbahn als Leichtathletiksportstätte einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Uns schwebt hierfür ein Online-Anmeldesystem für Hobbysportler vor, um die verschiedenen Nutzungen zeitlich zu koordinieren und in einen Ausgleich mit den Bestandsnutzern zu bringen.

# 7. Umwelt und Tierschutz

Anders als es beispielsweise die Grünen meinen, ist der Mensch für uns mit Blick auf die Natur weder ein Problem noch ein Störenfried. Wir wollen einen Umweltschutz mit Augenmaß und uns ebenfalls um das Wohl unserer tierischen Mitgeschöpfe kümmern.

## 7.1. Keine Abholzung von Bäumen

Gerade die Baumfällerpartei Bündnis 90/Die Grünen hat in unserem Bezirk die Fällung zahlreicher Bäume zu verantworten, die den neuesten ideologischen Projekten des Bezirksamtes weichen müssen. Auch wenn dies überraschend erscheinen mag, sehen wir uns als Baumfreunde und möchten, dass keine Bäume mehr in Hamburg-Nord abgeholzt werden, wenn es nicht unbedingt und ausnahmsweise nötig ist. In solchen Ausnahmefällen befürworten wir die Anpflanzung neuer Bäume zum Ausgleich, und zwar im Verhältnis 1:2 – für jeden gefälltten Baum sollten zwei neue gepflanzt werden. Die 1:2-Regel besteht zwar seit längerem auf dem Papier, doch leider wird diese immer noch nicht konsequent umgesetzt. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch für eine systematische Baumzählung und -kartierung in Hamburg-Nord aus.

## 7.2. Natur pflegen

Im städtischen Umfeld spielt das Straßenbegleitgrün als Oase der Natur eine wichtige Rolle. Wir werden in der Bezirksversammlung die fachgerechte und regelmäßige Pflege des Straßenbegleitgrüns unterstützen. Darüber hinaus werden wir uns auch für die Renaturierung von Mooren einsetzen, die unter keinen Umständen mit Solaranlagen verschandelt werden sollten.

## 7.3. Entsiegelung prüfen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Bezirksamt die Entsiegelung von Flächen im Bezirk stärker prüft, um das Grundwasser besser zu schützen.

## 7.4. Mehr Sitzbänke und Mülleimer

Durch das Aufstellen von mehr Sitzbänken und Mülleimern im öffentlichen Raum wollen wir nicht nur für einen saubereren Bezirk sorgen, sondern auch die Erholungsmöglichkeiten und die Lebensqualität in unserem Bezirk steigern.

## **7.5. Fluglärm eindämmen**

Hamburg-Nord beheimatet mit dem Flughafen Hamburg eine der wichtigsten verkehrlichen, wirtschaftlichen und touristischen Lebensadern der Stadt. Diese ist jedoch für viele Einwohner auch mit einer negativen Begleiterscheinung, nämlich dem Fluglärm, verbunden. Wir befürworten eine Ausweitung der Lärmschutzzonen, damit mehr von Fluglärm betroffene Bürger in Hamburg-Nord die Kosten für Lärmschutzmaßnahmen an ihren Häusern und Wohnungen erstattet bekommen. Darüber hinaus befürworten wir die Erstellung eines Emissionskatasters zur systematischen Erfassung der Lärm- und Luftverschmutzungsquellen im Bezirk Hamburg-Nord.

## **7.6. Hunde und Katzen im Bezirk**

Wir werden uns für mehr Hundenauslaufzonen in unserem Bezirk einsetzen. Wir wollen darüber hinaus, dass unser Bezirk katzenfreundlicher wird und möchten Vereine und Initiative mit Bezirksmitteln unterstützen, die sich um freilebende Katzen kümmern und sorgen.

Einstimmig beschlossen auf dem Bezirksparteitag  
der AfD Hamburg-Nord am 16. Dezember 2024.

**Alternative für Deutschland**  
**Bezirksverband Hamburg-Nord**

Schmiedestraße 2  
20095 Hamburg

E-Mail: [nord@afd-hamburg.de](mailto:nord@afd-hamburg.de)

Internet: [www.afd-hamburg-nord.de](http://www.afd-hamburg-nord.de)

Facebook: [www.facebook.com/AfD.Hamburg.Bezirk.Nord](https://www.facebook.com/AfD.Hamburg.Bezirk.Nord)

Instagram: [www.instagram.com/afd.hamburg.nord](https://www.instagram.com/afd.hamburg.nord)

## Stärken Sie unsere Grundrechte!

Wie? Indem Sie mitmachen:

**[afd.de/mitglied](https://afd.de/mitglied) werden**

Oder Sie unterstützen unsere Arbeit mit einer Spende.

**Bankverbindung:**

AfD Bezirksverband Hamburg-Nord

IBAN: DE28 2005 0550 1009 2297 23

BIC: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

«Spende, NAME, ADRESSE»



**AfD**

Bezirksverband  
Hamburg-Nord